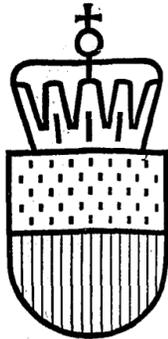


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugpreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise. Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ — Vaduz, Samstag, 5. Juni 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 82

## Therm.-Kraftwerkprojekt in entscheidender Phase

Beklemmendes Gefühl trotz positivem Ergebnis der vorberatenden Kommission — Pressekonferenz in St. Gallen

Im Kampf für und wider thermisches Kraftwerk Rütli, der nun schon seit längerer Zeit dies- und jenseits des Rheins zahlreiche Gemüter bewegt und die Leidenschaften aufwühlt, ist eine neue und wichtige Etappe erreicht. Die vorberatende Kommission des st. gallischen

Großen Rates hat ihre Arbeiten vor kurzem abgeschlossen und erstattet nun in einer ausführlichen, 96 Druckseiten zählenden Abhandlung Bericht über die Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung beim thermischen Kraftwerk Rütli.

Am letzten Mittwochnachmittag war die Presse des Kantons St. Gallen und jene des Landes Vorarlberg und des Fürstentums Liechtenstein zu einer Konferenz nach St. Gallen geladen und erhielt dort eine Orientierung über den weitreichenden Fragenkomplex. Der Präsident der großräumigen Kommission, Stadtmann August Schmutz, Lichtenstein, leitete souverän, mit ruhiger, sicherer Hand die ungewöhnliche internationale Pressekonferenz, deren besondere Bedeutung dadurch unterstrichen wurde, daß neben Regierungsrat Dr. Frick ein ganzer Stab namhafter Experten sich zur Auskunfterteilung eingefunden hatte; wir erwähnen Professor Dr. D. Höpfer, Präsident der eidgenössischen Kommission für Lufthygiene, Dr. H. Ruf, Abteilungsleiter der EMPA für flüssige Brennstoffe, vom Bund delegierter Experte in die technische Kommission für Lufthygiene, P. Ackermann von der Meteorologischen Zentralanstalt, dipl. chem. Morkowski, Abteilung der EMPA für Industriestaube und Gase, sowie Dr. Keller von der eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen.

Präsident August Schmutz bot einleitend einen prägnanten Ueberblick über die zur Diskussion stehende Materie und vor allem über die umfangreichen, mit wissenschaftlicher Genauigkeit durchgeführten Arbeiten der vorberatenden Kommission, von der er erklärte, daß sie kritisch an die Prüfung der gestellten Fragen herantreten sei, daß sie sich nicht von wissenschaftlichen Ueberlegungen habe leiten lassen, sondern objektiv, durch wiederholte Befragung von Experten und gestützt auf den neuesten

Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ihre Aussagen erarbeitet habe. Davon konnten wir uns an der Pressekonferenz wie auch bei der zeitbedingten nur flüchtigen Durchsicht des umfangreichen Kommissionsberichtes einigermassen selber überzeugen.

Maß man zum geplanten Kraftwerksbau positiv oder negativ eingestellt sein, der objektiv denkende Bürger wird der gewaltigen Arbeit der großräumigen Kommission seine Anerkennung nicht versagen können. Der vorliegende Bericht zeigt, daß die Kommission über die begründeten Bedenken der Opposition nicht leichtfertig hinweggegangen ist und sich ernsthaft bemüht hat, das schwerwiegende Problem nach allen Seiten, so weit als möglich, abzuklären. Auf Grund der von der eidgenössischen Kommission herausgegebenen Richtlinien zur Beurteilung von Schwefeldioxid-Immissionen und auf Grund der neuesten aerologischen Ergänzungsexpertise der MZA kam die vorberatende großräumige Kommission zum Schluß,

daß beim Bau eines thermischen Kraftwerkes wie bei jedem technischen Werk eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden könne, daß aber nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und der praktischen Erfahrung keine oder keine relevanten Schäden und auch nicht irgendwelche Belästigungen zu befürchten sind, wenn rechtsverbindliche Vorschriften gewissenhaft beachtet und eingehalten werden.

Mit dem Antrag, vom Bericht des Regierungsrates auf Erteilung einer Baubewilligung für ein thermisches Kraftwerk zustimmend Kenntnis zu nehmen, hat nun die vorberatende Kommission die Bahn frei gegeben für die Behandlung des Geschäftes in der außerordentlichen Session des Großen Rates am Ende dieses Monats. Nach den heute vorliegenden Anzeichen dürfte der Entscheid des kantonalen Parlaments

## Am Rande vermerkt

Der Bericht der vorberatenden Kommission, den wir hier in seinen Grundzügen veröffentlicht haben, spricht sich eindeutig für das thermische Kraftwerk aus. In der Kommission ist der Entscheid mit 13 gegen 4 Stimmen gefallen. Damit hat die Kommission grünes Licht gegeben für den nächsten Schritt zur Realisierung des thermischen Werkes. Die Befürworter, die sich von der Verwirklichung dieses Vorhabens eine wirtschaftliche Standortaufbesserung unserer Gegend versprechen, haben Grund, zufrieden zu sein, und können zuversichtlich der weiteren Entwicklung entgegensehen. Bei vielen Menschen aber auf beiden Seiten des Rheins, die in echter Sorge um die Reinhaltung unserer Luft, für den geplanten Kraftwerksbau wenig oder keine Sympathie aufzubringen vermögen und die zu erwartenden «Segnungen» einer neuen Industrialisierung vermissen, wird indes bittere Enttäuschung und Ratlosigkeit herrschen. Und nach wie vor können wir uns angesichts der neuen Entwicklung eines unguuten und beklemmenden Gefühls nicht erwehren. Heute macht es den Anschein, daß die Opposition, deren Uebermarchungen und Fehlgriffe wir etwa keineswegs gutheißen möchten, den Kampf verloren hat, es sei denn, daß in allerletzter Minute eine neue, überraschende Wende eintrete... Die vorberatende Kommission hat in ihrem Bericht die Berechtigung der Opposition durchaus anerkannt und ihre Argumente und Bedenken gewürdigt. Durch ihre Aktionen, die bisweilen recht unbehaglich und hartnäckig waren, haben sich die staatlichen Instanzen, vor allem das kantonale Baudepartement, erst recht gezwungen, den gesamten Problemkreis immer von neuem und noch gründlicher abzuklären und strafere Sicherheitsvorkehrungen ausarbeiten zu lassen. Die ganze Vorgeschichte zeigt deutlich genug, daß die Opposition gegen das thermische Kraftwerk keineswegs unbegründet und unnützlich war. In der nun beginnenden Endphase der Auseinandersetzung, in der die Geister sich vielleicht noch einmal besonders erhitzten werden, möge man in beiden Lagern sachlich bleiben, Maß halten und Vernunft bewahren.

cher zugunsten des thermischen Kraftwerkes ausfallen, worauf dann der Regierungsrat in letzter Instanz allein die schwere Verantwortung für die Erteilung der Baubewilligung zu übernehmen haben wird.

Der Bericht der großräumigen Kommission über Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung beim thermischen Kraftwerk Rütli skizziert einleitend Aufgabe und Kompetenz des Großen Rates im Zusammenhang mit dem Baugesuch der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK), um dann die Arbeit der großräumigen Kommission darzulegen. Ihr obliegt das Aufsichtsrecht und die umfassende Ueberprüfung der vom Regierungsrat vorgeschlagenen rechtsverbindlichen Vorschriften. Ausgangspunkt und zentraler Gegenstand der Beratungen bildete der durch den Regierungsrat am 28. September 1964 erstattete Bericht über Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung. Ergänzend unterzog die Kommission

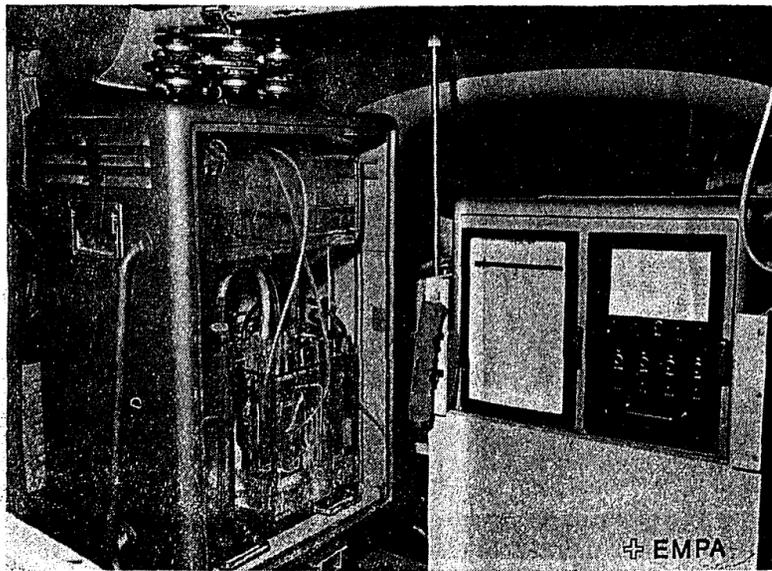
wird, diese Manöver ständen im Widerspruch zur strategischen Konzeption, wie sie für die NATO formell Gültigkeit habe. Zu allem Überflus rief de Gaulle auch die französischen Offiziere und Mitarbeiter im Hauptquartier der SEATO in Bangkok kurzfristig nach Hause, so daß gegenwärtig der französische Beitrag in dieser militärischen Sicherheitsorganisation auf einen Sonderbeauftragten im Ministerrang und einen Militärattaché beschränkt wird.

Wenn heute auch dieser französische Rückzug aus langjährigen internationalen Verpflichtungen offen auf der Hand liegt, so ist es doch bedeutend weniger klar, was de Gaulle damit eigentlich bezweckt. Mehrere Hypothesen sind möglich, wobei im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden kann, welche von ihnen gewissermassen den Nagel auf den Kopf treffe. Einmal ist es möglich, dass de

## KOMMENTAR

### Heldenfabrik

Wollte man nach den ersten 5 Monaten des liechtensteinischen «Vorwahljahres» eine Quintessenz jener Stimmung suchen, die namentlich von der Opposition, aber auch von der Koalitionspressen im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen «gemacht» wird, scheint ein Moment besonders hervorzutreten: Die etwas späte Suche nach dem liechtensteinischen Nationalgedanken, der nach den Jahren der europäischen und nachbarlichen Anlehnungstendenz plötzlich wieder an Bedeutung zuzunehmen scheint. Das politische Interesse ist wieder vermehrt nach Innen gerichtet, und da man den Sessel, den man entweder gewinnen oder behalten will, um jeden Preis anstrebt, geht es augenblicklich mehr um die stimmungsmässige Wirksamkeit einer Parole als um ihre eigentliche Bedeutung. Obwohl das «Liechtensteiner Vaterland» dem «Liechtensteiner» gelegentlich vorwarf, er beziehe seine Informationen aus der «Latrine», scheinen es einzelne Korrespondenten des «Vaterland» auch nicht so genau zu nehmen, wenn sie schreiben, dass man die Benzinrollen «gar nicht gern für den Schweizer Strassenbau bezahle». Man sollte doch wissen, dass uns dieses Geld auf Heller und Pfennig von der Schweiz wieder zurückerstattet wird! Man schreibt auch, dass Liechtenstein die Verkehrsvorschriften der Schweiz über Nacht «haarklein übernommen» habe und wirft dem Regierungschef vor, er gehe mit dem Idealismus und den freundschaftlichen Beziehungen zu weit, wogegen man sich «mit aller Kraft und Heimatliebe, die wir vererbt haben von unseren Vätern» sträube. Der Trend zur eigenen Aufwertung ist auch bei den Kinderzulagen festzustellen, wo nicht so sehr die wirtschaftlichen Konsequenzen oder etwa die finanziellen Vorteile herausgestellt werden, sondern die «Gerechte Behandlung der liechtensteinischen Familien». Der «Liechtensteiner» geht naturgemäss noch weiter. Er begnügt sich nicht damit, dem scheinbar lädierten liechtensteinischen Nationalgedanken mit abgestandener Heimatdichter-Romantik neuen Glanz zu verleihen. Für ihn wird die Balzner Dorfstrasse zu einem modernen Solferino, indem er die gleiche Polizei, die er noch vor einigen Monaten mit einer Kuhlreißer-Geschichte lächerlich machte, als besonders mutig bezeichnet, weil sie einen jungen Schweizer Rekruten darauf hingewiesen hat, dass er sich auf liechtensteinischem Staatsgebiet befinde, worauf der Soldat übrigens «das Feld geräumt» habe. — Wir meinen, dass man das Bewusstsein der Eigenstaatlichkeit in sich tragen sollte, weil es zur Konzeption jeder liechtensteinischen Politik an sich gehören muss. Wenn es vorhanden ist (und unsere eigenstaatliche Stellung zeigt, dass es im rechten Mass in den letzten Jahr da war) braucht man es nicht an die grosse Glocke zu hängen um damit innenpolitische Stimmung zu machen. Das Bewusstsein und der Wille zur Eigenstaatlichkeit müssen von innen her kommen. Weder romantische Floskeln noch die Erfindung einer Heldenfabrik, wie es der «Liechtensteiner» macht, sind ein ehrlicher Ersatz dafür. (wbw)



Fahrbare Schwefeldioxyd-Meßstation, Innenansicht (EMPA 1964)

## notiert und kommentiert...

### Frankreich: Was will eigentlich de Gaulle?

Eine Analyse der Aussenpolitik de Gaulles in den vergangenen Jahren zeigt deutlich, dass es eine der Konstanten dieser Politik ist, Frankreich in zunehmendem Masse aus der westlichen Allianz herauszulösen. Wenn bis zum vergangenen Herbst über diese Absicht noch Unklarheit herrschen konnte, und wenn bis zu diesem Frühjahr de Gaulle noch gewissermassen in den Genuss des «beneficium dubii» gelangen konnte, so haben sich nun mit einem Mal die Schleier der Illusionen gehoben: de Gaulle will die bestehenden multilateralen Vereinbarungen und Institutionen aufweichen oder auflösen, um auf dem weltpolitischen Parkett — für eine gewisse Zeit oder für immer — die volle Handlungsfreiheit Frankreichs zurückzugewinnen. So viel ist heute klar.

Im letzten Herbst kündigte de Gaulle an, dass die französische Flotte nicht, wie das vorher stets der Fall gewesen war, an den Flottenmanövern der NATO-Mächte im Atlantik teilnehmen werde. An der Ministerkonferenz der SEATO — der Sicherheitsorganisation der westlichen Mächte im südostasiatischen Raum — war Anfangs Mai erstmals kein französischer Teilnehmer anwesend; und nun wurde auch bekanntgegeben, dass die französischen Flotten-einheiten an den diesjährigen Manövern der SEATO nicht teilnehmen werden. Um diesen «freundlichen Gesten» die Krone aufzusetzen, gab de Gaulle soeben auch bekannt, dass von einer französischen Beteiligung an den periodisch abgehaltenen NATO-Landmanövern, die unter dem Namen «Fallex 1966» segeln, nicht die Rede sein könne, wobei von französischer Seite der fadenscheinige Grund vorgeschoben

## Heute: Sommerfahrplan 1965